

Potsdam, 15.12.2021

EP 06

Rede der bildungspolitischen Sprecherin Kathrin Dannenberg

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

Kinder sind unsere Zukunft, so sagen wir doch hier immer, so sagt das jeder. Stimmt auch.

Auf unsere Kinder zu achten, ihnen beste Bedingungen in diesem Land zu bieten,

beste Bedingungen, um glücklich zu sein, spielen, lernen eine Berufsausbildung oder ein Studium beginnen zu können,

dabei ihr Wohl und ihre Unversehrtheit im Blick zu haben, unabhängig davon, welche Voraussetzungen sie mitbringen, wie dick der Geldbeutel ihrer Eltern ist, unabhängig davon, wo sie aufwachsen oder woher sie kommen und mit dem Blick darauf, dass Bildung kostenfrei sein muss-

das muss Aufgabe unserer Politik hier im Landtag sein. Dafür haben wir hier die Verantwortung. Hierfür die notwendigen Prioritäten zu setzen, das hat meine Fraktion Die Linke schon in Regierungsverantwortung getan und das verfolgen wir auch weiterhin.

Der Haushalt 05 ist der größte Einzeletat des gesamten Haushaltes des Landes für das Jahr 2022 mit 2,57 Mrd Euro. 79 Mio Euro mehr als 2021.

Sukzessive wurde dieser Etat immer weiter erhöht, begonnen unter Rot Rot.

Gut so! In den Zeitungen war zu lesen: „höchste Bildungsausgaben in der Geschichte Brandenburgs“.

Ja, was heißt Ausgaben. Das sind Investitionen in die Zukunft dieses Landes. Der Punkt ist doch: wir müssen endlich verstehen und akzeptieren, dass in diesem Bereich nun mal nicht gespart werden kann und soll. Von daher, es ist richtig, dass nicht gestrichen wurde, es ist richtig, dass mehr Geld investiert wird.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

die Pandemie hat uns vor enorme Herausforderungen gestellt,

eher nicht uns hier in diesem hohen Hause, sondern besonders Kinder, Eltern, das Personal, welches sich in unseren Bildungseinrichtungen jeden Tag müht, Menschen im außerschulischen Bereich, der Kinder- und Jugendarbeit, der Weiterbildung, im Sport, der Vereine- alle, die irgendwie mit Kindern und Jugendlichen arbeiten und denen ihr Wohl am Herzen liegt.

Danke an alle, die das tun, danke an alle, die trotz dieser widrigen Bedingungen in der Pandemie ihr Bestes geben. Ich habe den größten Respekt und Hochachtung. Ich weiß, es ist nicht leicht. Wir müssen alles dafür tun, dass unsere Gesellschaft unser Miteinander unsere Solidarität füreinander- und besonders für unsere Kinder nicht zerstört wird.

Corona hat uns deutlich vor Augen geführt, wo die Defizite im Bereich Bildung liegen. Besonders unsere Kinder waren und sind betroffen. Die Schere zwischen Kindern aus ärmeren und reicheren, aus bildungsnahen und bildungsferneren Familien wird weiter auseinandergehen. Lehrkräfte berichten, dass sie Zeit brauchen, Kinder erstmal wieder lernen lernen müssen, sie brauchen Zeit unter anderem für das Erlernen von Sozialkompetenzen, keinen Druck. Und Sie müssen hier nur den Mut aufbringen, den Kindern diese Zeit zu geben.

Und wir brauchen langfristig wirkende Entscheidungen, kein Aufschieben oder gar 2 Jahresverträge.

Nun für 2022 die richtigen und notwendigen Prioritäten zu setzen, ein Zeichen zu geben, dass die Landesregierung, der Landtag im Blick hat, wo in der Praxis geholfen werden muss, weitsichtig zu denken... dem wird dieser Haushalt nicht gerecht.

In den gesamten HH-Diskussionen hat die Koalition und die Landesregierung deutlich gemacht, sie wüssten, was sie tun, sie wüssten, was richtig wäre. Insbesondere verspüren wir das in ihrem Agieren im Umgang mit Änderungsanträgen der Opposition. Sie lehnen alle Anträge mit einem Habitus der Selbstherrlichkeit ab, was mich teilweise zum Fremdschämen verleitet.

Fakt ist: es reicht nicht, was sie tun. Ihr vorgelegter Haushalt hält den Status quo- keine finanziellen Grundlagen für das Weiterdenken.

Aber, es muss mehr getan werden, denn gerade in diesen schwierigen Zeiten braucht es die richtigen Stellschrauben. Und das tun sie nicht konsequent genug oder sie treffen gar falsche Entscheidungen. Daher werden wir auch den Haushalt ablehnen, es sei denn, unsere ÄA finden ihre Zustimmung.

Nun zu unseren Prioritäten:

Das im Wahlkampf und Koavertrag versprochene Zeichen an die Eltern, an junge Familien- dass Kita nicht nur Betreuung, sondern Bildung ist und daher kostenfrei sein muss, wird von Ihnen verschoben.

Als Linke haben wir in der letzten Legislatur mit der Kitabeitragsfreiheit begonnen.

Ihre Aufgabe wäre es gewesen, dies konsequent fortzuführen. Tun Sie nicht!

Genau jetzt wäre es eine notwendige Investition in die Kinderfreundlichkeit unseres Landes.

Familien würden entlastet, die besonders in Pandemiezeiten vor großen Herausforderungen standen und noch immer stehen.

Sie kennen die Konflikte um die Berechnung der Elternbeiträge zwischen den Gemeinden, Eltern und den Trägern. Sie wissen um den Verwaltungsaufwand. Die beste Möglichkeit diese Konflikte zu beerdigen, ist die komplette Elternbeitragsfreiheit.

Aber die ist wieder verschoben. Was für eine Absage an Eltern!

In wenigen Wochen ist Halbzeitbilanz Ihres Regierens.

Hören Sie auf zu vertagen, sondern schaffen Sie Tatsachen. Unser ÄA liegt Ihnen vor, zumindest im Jahr 2022 mit dem vorletzten Kitajahr weiterzumachen! (14,8 Mio 2022, 35 Mio in 2023)

Jetzt käme es darauf an, ausreichend päd. Personal an unseren Schulen zu sichern, jetzt, wo Kinder und Jugendliche jedwede Unterstützung brauchen.

Das Fehlen eines Plans zur Absicherung dessen, eine bedarfsgerechte Ausbildung von Lehrkräften an der Uni Potsdam, das Fehlen eines Sonderprogramms für Seiteneinsteiger*innen- all das ist von Ihnen hier abgelehnt- das macht die Situation nicht besser. Das ständige Verschieben des 400 Stellen Programms für multiprofessionelle Teams- jetzt auf 2024- zugunsten von wagen Maßnahmen des Aufholprogramms- wird den Kolleg*innen an den Schulen, wird den Kindern nicht helfen.

Deshalb: Müssen wir zumindest dafür sorgen, dass Schulsozialarbeit an allen Schulen- nicht eben nur an knapp 50% unserer Schulen stattfinden kann. Die 3 vollfinanzierten Stellen pro Landkreis für 2 Jahre ist doch nun wirklich nicht ihr Ernst. (7,4 Mio) Sie wissen ganz genau, dass Sozialarbeit langfristig abgesichert werden muss. Die Landeszuschüsse müssen wir erhöhen, damit Schulsozialarbeit an jeder Schule des Landes zur Normalität wird. Die Kinder, die Jugendlichen brauchen das, was in Fachgesprächen nun mehrfach erörtert worden ist. Daher unser ÄA. (Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für die Schulsozialarbeit erhöhen von derzeit 3,6 Mio Euro auf ca. 9 Mio Euro, also 5,3 Mio Euro mehr).

Auch hierzu zählt die Sicherung unserer 18 Schulkrankenschwestern an 27 Schulen des Landes. Sie stehen sich hier aus der Verantwortung.

Ministerinnen Ernst und Nonnemacher schieben das Thema zwischen ihren Ressorts hin und her, mit dem Ergebnis:

Findet nicht mehr statt- trotz positiver Evaluationen, trotz Expert*innen- Meinungen, trotz Fachgespräche und Demonstration, trotz online Petition, trotz Schreiben von Bürgermeister*innen und Stadtverordnetenversammlungen- wegducken, nach unten schauen.

Ja, Kommunen haben sich jetzt selbst auf den Weg gemacht, diese Fachkräfte zu sichern. Aber was tun Kommunen, die sich das nicht leisten können?

Sie entscheiden sich bewusst gegen dieses Projekt, obwohl das Geld vorhanden wäre, obwohl wir sicher zu einer guten Lösung in Zusammenarbeit mit den Landkreisen gekommen wären.

Es ist ein Trauerspiel und nicht zu verstehen. Heute tatsächlich haben Sie die letzte Chance eine Kehrtwendung hinzukriegen. Politisch würden Sie nur gewinnen. Verlieren können nur die Kinder, wenn Sie sich wieder gegen unseren Antrag stellen!!!!

Kinder- und Jugendbudget:

Wovor viele Jugendarbeiter:innen gewarnten, wurde durch diverse Studien bestätigt: Kinder und Jugendliche leiden unter den Auswirkungen der Pandemie. Psychische Belastungen und Suchtverhalten haben in einem alarmierenden Maße zugenommen, die Interessen von Kindern und Jugendlichen gerieten in der Pandemie aus dem Blick und sowieso schon viel zu seltene Beteiligungsstrukturen wurden weiter ausgedünnt.

Dutzende Male haben wir in den vergangenen Monaten in diesem Parlament darüber debattiert:

im Februar im Rahmen einer aktuellen Stunde

im April ein Fachgespräch im ABJS,

Kleine Anfragen gestellt und

wiederholt in Anträgen langfristige Maßnahmen zur Unterstützung von Kindern und Jugendlichen eingefordert.

Aber passiert ist wenig.

Wirklich neue Antworten darauf, wie wir Kinder und Jugendliche stärken, lassen Sie aus der Koalition nach wie vor vermissen. Dabei wissen Sie, dass wir jetzt handeln müssen!

Auch, weil die finanzielle Situation in vielen Kommunen angespannt ist und insbesondere in den sog. freiwilligen Leistungen Kürzungen drohen. Das wollen und müssen wir verhindern.

Genau dort müssen die Strukturen gestärkt werden.

Genau deshalb haben wir die Einführung einer Kinder- und Jugendpauschale in die Haushaltsverhandlungen eingebracht. Wir wollen, nach dem Vorbild Sachsens, dass jede Kommune für jedes Kind und jeden Jugendlichen 13,40€ erhält. Damit könnten z.B. Jugendclubs gefördert, Projekte umgesetzt werden.

Die Interessen der Kinder und Jugendlichen müssen Vorrang haben. (8 Mio Euro)

Letztlich: Das Mantra Kitas und Schulen offen halten zu wollen, reicht nicht aus, wenn zusätzliche Maßnahmen zum Gesundheitsschutz der Kinder und aller in unseren Bildungseinrichtung Beschäftigten nicht konsequent ergriffen werden.

Für mich ist das, was gerade läuft eine von Ihnen hingenommene Gefährdung der Gesundheit von Kindern.

Anstatt nachhaltig zu investieren, kommen Sie immer mit der Maskenpflicht. Das ist doch wohl absurd!

Es bleibt dabei: Luftfilter in allen Schulen, Kitas- ein nachhaltiges schrittweises investieren in allen Bildungsräumen, nicht nur für Kommunen, die sich das leisten können, ist dringend geboten. Das, was hier im Landtag möglich ist, in Amtsstuben, in Teltow, im Barnim, in anderen Bundesländern muss uns für unsere Kinder doch auch Recht sein. Gründen Sie von mir aus eine AG, die klare Empfehlungen gibt, stellen Sie zunächst 10 Mio Euro in 2022 zur Verfügung, damit wir unsere Kitas und Schulen tatsächlich zu sicheren Einrichtungen machen, so wie von Ihnen ständig behauptet!

Es sollte nicht Praxis der Landesregierung sein, gute Ideen und Hinweise zu beerdigen.

Denn wir alle sagen doch: Kinder sind unsere Zukunft?

Wir bitten, unseren Anträgen stattzugeben!“